

Bernd Robionek

Hybride Identitäten in der Emigration. ,Volksdeutsche‘ und die jugoslawische Staatssicherheit

Zusammenfassung: Weil viele ‚Volksdeutsche‘ aus Jugoslawien während des Zweiten Weltkriegs mit den Besatzungsmächten kollaboriert hatten, wurden sie summarisch zu Feinden des sozialistischen Staates erklärt. Das machte die Donauschwaben, die sich in Westdeutschland in Verbänden organisierten, auch nach 1945 zu einem Ziel der jugoslawischen Staatssicherheit. Dabei nahmen die Angehörigen der ehemaligen deutschen Minderheit für sich allein genommen keine prominente Position in der Hierarchie der Feinde des sozialistischen Jugoslawiens ein. Erst in Verbindung mit anderen gegenständlichen Kräften, darunter vor allem den Exilkroaten, stellten sie eine ernsthafte Gefahr dar.

Schlagwörter: UDBA; Donauschwaben; Exilkroaten; Geheimdienste; Jugoslawien

Abstract: Because many ethnic Germans from Yugoslavia had collaborated with the occupying forces, they were seen as enemies of the socialist state. Hence, minority Germans living in West Germany after the Second World War were targeted by the Yugoslav state security. As an isolated case, the ethnic Germans did not pose a serious threat. However, their connections with other anti-Yugoslav forces, especially Croatian exiles, presented them as a considerable danger.

Keywords: UDBA; ethnic Germans; Croatian exiles; state security service; Yugoslavia

Dr. Bernd Robionek, Universität Leipzig, Zentrum für Gender Studies (FraGes), 04081 Leipzig, bernd.robionek@alumni.hu-berlin.de

 Open Access. © 2022 Bernd Robionek, publiziert von De Gruyter.  Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. <https://doi.org/10.1515/9783110795288-015>

Vorbemerkung

Dieser Aufsatz liefert auf der Grundlage von Dokumenten aus fünf Archiven neue Erkenntnisse zum Stellenwert, den die Donauschwaben aus Jugoslawien bei den Staatssicherheitsdiensten ihres Herkunftslandes besaßen, wobei auch die (außen-) politischen Kontexte zum Tragen kommen. Schließlich kamen die Angehörigen der ehemaligen deutschen Minderheit nicht nur als Beobachtungsobjekte, sondern auch als – manchmal sehr diskret auftretende – Akteure im Geflecht internationaler Interessen zur Geltung. Nach einer überblicksartigen Darstellung wird die Thematik anhand von Fallbeispielen analysiert.

‚Volksdeutsche‘ im Blick jugoslawischer Staatssicherheitsdienste

Kaum eine andere Institution ist wegen der direkten Ausrichtung auf gegnerische Kräfte so symptomatisch für die ideologischen Standpunkte eines Staates wie seine Geheimdienste. Für das sozialistische Jugoslawien war es charakteristisch, dass die Komposition der Feindbilder über die Jahrzehnte hinweg den innen- und außenpolitischen Wandlungen folgte. Zur ersten Garnitur der Widersacher gehörten die ‚Volksdeutschen‘.¹ Unter dem generalisierten Vorwurf, dass die ‚Schwabens‘ des Landes als ‚Fünfte Kolonne‘ mit den Okkupationsregimen paktiert hatten, trafen sie die harten Vergeltungsmaßnahmen der kommunistischen Partisanen. Ein Anliegen der jugoslawischen Staatssicherheit, die 1944 als Abteilung zum Schutz des Volkes gegründet und 1946 als Amt der Staatssicherheit (*Uprava državne bezbednosti* – UDB) weitergeführt wurde,² war indes die Einhegung des ‚wildes Terrors‘ der Kriegszeit durch eine planmäßige Bekämpfung der Gegner.³ Vor diesem Hintergrund ermittelte die ‚Volksschutzabteilung‘ 15.854 jugoslawiendeutsche Personen, die sich in den

1 Vgl. Casagrande, Thomas: Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen. Frankfurt/M. 2003.

2 Vgl. Milošević, Milan: Organizacija bezbednosno-obaveštajnog sistema FNRJ [Die Organisation des Sicherheits- und Geheimdienstsystems der FNRJ] (1946–1966). In: *Bezbednost* 49/3 (2007), S. 168–181.

3 Vgl. Radelić, Zdenko: Ozna/Udba – drastičan obračun s neprijateljima. Primjer Hrvatske (1940-ih i 1950-ih) [OZNA/UDBA – drastische Abrechnung mit den Feinden. Das Beispiel Kroatien (1940er und 1950er Jahre)]. In: *Historijski zbornik* 70/2 (2017), S. 97–136, hier S. 107–113; Nikolić, Kosta: Obračun Titova režima s jugoslavenskim monarhističkim protukomunističkim snagama na kraju Drugog svjetskog rata [Abrechnung des Tito-Regimes mit den königlich-jugoslawischen antikommunistischen Kräften am Ende des Zweiten Weltkriegs]. In: *Časopis za suvremenu povijest* 44/3 (2012), S. 631–650, hier S. 646.

Dienst der Besatzungsmächte gestellt hatten.⁴ Von den Donauschwaben aus der Vojvodina, wo vor Ende des Krieges drei Viertel der rund 500.000 Jugoslawiendeutschen gelebt hatten, benannten die Staatsorgane 691 als Kriegsverbrecher.⁵ Die Datengrundlage für eine gezieltere Verfolgung der „volksdeutschen“ Feinde war also vorhanden. Dennoch entschied sich die Partisanenregierung in diesem Fall für das Prinzip der Kollektivschuld.⁶

Obwohl die deutsche Minderheit zwischen den Weltkriegen neben der albanischen die größte im Königreich der Südslawen gewesen war, verschwand sie nach 1945 fast vollständig.⁷ Je nach Herkunftsregion waren ihre Angehörigen entweder schon während des Krieges evakuiert worden (aus Bosnien oder Slawonien), angesichts des Heranrückens der Roten Armee im Herbst 1944 geflüchtet (vor allem aus der Bačka, aber nur zu rund zehn Prozent aus dem Westbanat) oder – sofern sie nicht der Repression zum Opfer gefallen waren – in den 1950er Jahren ausgesiedelt worden. Insofern richtete die UDB in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre ihren Fokus auf den bewaffneten Widerstand antikommunistischer Freischärler. Kaum waren diese Guerilla-Gruppen im Nachgang des Krieges zerschlagen,⁸ verlagerte sich der operative Schwerpunkt durch den Konflikt mit Stalin auf die Verfolgung von moskautreuen Genossen und auf die Abwehr der Angriffe aus dem Ostblock.⁹

Als Indikator für die politischen Verhältnisse waren die jugoslawischen Staatssicherheitsdienste aber nicht nur wegen ihrer Feindausrichtung aussagekräftig. Auch als Spiegel der Parteipolitik spielten sie eine bedeutende Rolle.¹⁰ Die Staatssicherheit galt als eine letzte Bastion der Zentralisten gegen die konsequente Durchsetzung des Selbstverwaltungssozialismus. Nach der Entmachtung der Reformgegner brachte die Dezentralisierungspolitik der späten 1960er Jahre den Sicherheitsdiensten der ein-

4 Vgl. Janjetović, Zoran: Grada o Folksdojčerima u fondovima BIA-e u Arhivu Srbije [Akten über Volksdeutsche in den Beständen der BIA im Archiv Serbiens]. In: Godišnjak Njemačke zajednice 24 (2017), S. 337–342, hier S. 339.

5 Vgl. Hrvatski državni arhiv, Zagreb (HDA) [Kroatisches Staatsarchiv, Zagreb]. 1561/202.2, 87: Pokrajinski sekretarijat za unutrašnje poslove (PSUP) [Gebietssekretariat für Innere Angelegenheiten] Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 2. Den Hinweis auf dieses Dokument verdanke ich Vladimir Geiger.

6 Vgl. Geiger, Vladimir: Folksdojčeri. Pod teretom kolektivne krivnje [Volksdeutsche. Unter der Bürde der Kollektivschuld]. Osijek 2002.

7 Vgl. Pavlica, Branko: Sudbina Nemaca u Jugoslaviji [Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien]. In: Anali Pravnog Fakulteta u Beogradu 53/2 (2005), S. 196–236.

8 Vgl. Radelić, Zdenko: Opposition in Croatia 1945–1950. In: Review of Croatian History 1/1 (2005), S. 227–251, hier S. 248.

9 Vgl. Dimitrijević, Bojan: Intelligence and Security Services in Tito's Yugoslavia 1944–1966. In: Istorija 20. veka 37/2 (2019), S. 9–28, hier S. 15–19; Ritter, László: Der geheime Krieg zwischen dem Sowjetblock und Jugoslawien 1948 bis 1953. In: Krüger, Dieter; Schneider, Felix (Hg.): Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik. München 2012, S. 277–311.

10 Vgl. Cvetković, Srđan: Fall of Aleksandar Ranković and Condemnation of „Rankovićism“. In: Tokovi istorije 24/3 (2016), S. 111–144; Schweissguth, Edmund: Die Reorganisation des Staatssicherheitsdienstes in der SFR Jugoslawien. In: Jahrbuch für Ostrecht 10/1 (1969), S. 45–68, hier S. 62.

zelenen Föderationsrepubliken ein hohes Maß an Autonomie, die sich auch in der Umbenennung zum „Dienst“ für Staatssicherheit (*Služba državne bezbednosti* – SDB) zeigte.¹¹ Mit der Reform erhielt das jugoslawische Sicherheitssystem seine bis zum Staatszerfall bestehende Grundstruktur.¹² Dem föderalen Prinzip entsprechend konzentrierte sich die Beobachtung der ‚Volksdeutschen‘ auf die Staatssicherheitsdienste Kroatiens, Sloweniens und der Sozialistischen Autonomen Provinz (SAP) Vojvodina, also der Regionen, wo bis 1944 die überwiegende Mehrheit der deutschen Minderheit gelebt hatte.¹³

Dass die ‚Volksdeutschen‘ im Gesamtkontext jedoch nur ein untergeordnetes Beobachtungsziel darstellten, hatte verschiedene Gründe. Als das Auswärtige Amt (AA) Anfang der 1950er Jahre seinen Dienst aufnahm, pflegten die USA als westliche Hegemonialmacht bereits freundschaftliche Beziehungen mit dem von Moskau abtrünnigen Jugoslawien. Analog dazu gestaltete die BRD ihre Außenpolitik gegenüber Jugoslawien sehr konstruktiv.¹⁴ Die Tatsache, dass zwischen beiden Staaten keine territorialen Ansprüche bestanden, erleichterte es erheblich, dass die ‚Volksdeutschen‘-Frage den strategischen Interessen weichen konnte. Es entstand eine reziproke Situation, in der es für beide Seiten angeraten schien, die heiklen Themen aus der Kriegszeit im diplomatischen Verkehr zu meiden.¹⁵

Auch wenn die Mobilisierungsfähigkeit der Jugoslawiendeutschen im Vergleich zu den anderen Landsmannschaften in den frühen 1950er Jahren am schwächsten ausgeprägt war, reichte ihre Lobby immerhin, um bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Belgrad 1956 durch die Widerstände aus den Reihen der mit ihnen verbündeten Bundestagsabgeordneten als politischer Störfaktor aufzutreten.¹⁶ Einen Schub erhielt der landsmannschaftliche Organisationsgrad durch den Zulauf von Aussiedler/-innen während der 1950er Jahre, sodass Ende 1957 etwas

11 Irrtümlicherweise sieht Christian Nielsen in der Verfassungsreform von 1974 eine weitere Stufe zur Dezentralisierung der Staatssicherheit. Vgl. Nielsen, Christian A.: Decentralizacija organa unutarnjih poslova u SR Hrvatskoj [Dezentralisierung der Innenorgane in der SR Kroatien]. In: *Politička misao* 57/3 (2020), S. 174–191, hier S. 176. Das Gegenteil war der Fall: Obwohl eine Rezentralisierung ausblieb, übte der Bundesdienst während der 1970er Jahre wieder einen größeren Einfluss auf die Republikdienste aus. Vgl. Cvetković, Srđan: Metode i oblici rada službi državne bezbednosti u socijalističkoj Jugoslaviji [Methoden und Arbeitsformen des Staatssicherheitsdienstes im sozialistischen Jugoslawien]. In: *Istorija* 20. veka 27/2 (2009), S. 131–144, hier S. 135f.

12 Vgl. Milošević, Milan: Državna bezbednost u sistemu društvene samozaštite. Od Brionskog plenuma do početka „razdruživanja“ [Staatssicherheit im System des gesellschaftlichen Selbstschutzes. Vom Brioni-Plenum zum Anfang der „Auflösung“] (1966–1989). In: *Bezbednost* 51/1–2 (2009), S. 399–413.

13 Der slowenische Arm der Staatssicherheit deckte auch die ‚volksdeutschen‘ Aktivitäten im Nachbarland Österreich ab.

14 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B11. Bd. 563: Auswärtiges Amt (Hallstein). 10.05.1954, S. 3f.

15 Vgl. Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln-Berlin ²1967, S. 230.

16 Vgl. Brey, Thomas: Bonn und Belgrad. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien seit dem Zweiten Weltkrieg. In: *Osteuropa* 29/8 (1979), S. 632–644, hier S. 635.

über 35.000 der schätzungsweise 212.000 Jugoslawiendeutschen in der BRD der Landsmannschaft angehörten.¹⁷ Inwiefern der Einfluss der donauschwäbischen Verbände von Jugoslawien als ernstes Problem wahrgenommen wurde, richtete sich nach den politischen Konjunkturen.

Im Zusammenwirken mit „reaktionären Kreisen im Westen“ sahen die Jugoslawen das entscheidende Potenzial, das die Organisationen der ehemaligen Jugoslawiendeutschen zu einem bedeutenden Machtfaktor werden lassen konnte. Als bitteren Nachgeschmack auf die diplomatische Eiszeit zwischen Bonn und Belgrad von 1957 bis 1968, als die Bundesregierung auf die jugoslawische Anerkennung der DDR mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen reagiert hatte, registrierte das jugoslawische Außenministerium bei einer internen Beratung im Juni 1970 das lautstarke Auftreten der ‚Vertriebenenverbände‘.¹⁸ Befürchtungen lösten in Belgrad vor allem Stimmen nach Rückforderung der enteigneten Güter aus. In Verbindung mit der Unterstützung solcher Vorstöße durch BRD-Politiker aus dem rechten Spektrum riefen sie spürbare Irritationen hervor.¹⁹ Was den donauschwäbischen Landsmannschaften jedoch die Zähne schleifte, war ihre feste Integration in die westdeutsche Gesellschaft. Zwar postulierten sie unablässig ein „Recht auf Heimat“, womit eine sentimentale Verbindung zur Herkunft im Osten gemeint war, im Unterschied zu den Oppositionellen in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) beanspruchten sie aber keine maßgebende Rolle bei der politischen Gestaltung dieses Herkunftslandes.²⁰

Von daher ist es verständlich, dass die ‚Volksdeutschen‘ im Konzert der feindlichen Mächte eine marginale Rolle einnahmen. Eine von der SDB in Belgrad angefertigte Analyse der antijugoslawischen Propaganda in den frühen 1980er Jahren behandelte den umfangreichen Korpus der donauschwäbischen Publikationen – trotz

17 Vgl. Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1971. Düsseldorf 2004, S. 144–146, 155 f.; Wehler, Hans-Ulrich: Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918–1978. Göttingen 1980, S. 98 f.

18 Vgl. HDA. 1409/108, 79: Državni sekretarijat za inostrane poslove (DSIP) [Staatssekretariat für Äußere Angelegenheiten], 29.06.1970: Beratung im Außensekretariat über Probleme und Aufgaben im Zusammenhang mit den Aktivitäten der feindlichen politischen Emigration, S. 10. Genau genommen passten die Jugoslawiendeutschen nicht ganz in das Schema der Vertriebenen, waren sie doch im Unterschied zu den Deutschen aus Polen oder der Tschechoslowakei nicht von einem systematischen Bevölkerungstransfer betroffen gewesen.

19 Vgl. Arhiv Jugoslavije, Belgrad (AJ) [Archiv Jugoslawiens, Belgrad], 130/626, 1034: DSIP, 23.10.1970: Information über die Beziehungen der SFR Jugoslawien und der BRD, S. 18 f.

20 Zur Opposition gegen das sozialistische Jugoslawien vgl. Spehnik, Katarina; Cipek, Tihomir: Disidenti, opozicija i otpor. Hrvatska i Jugoslavija 1945.–1990. [Dissidenten, Opposition und Widerstand. Kroatien und Jugoslawien 1945–1990]. In: Časopis za suvremenu povijest 39/2 (2007), S. 255–297.

der Feststellung, dass sich hier die Aktivitäten verstärkten – nur summarisch.²¹ Der untergeordnete Stellenwert zeigte sich auch darin, dass die Angehörigen der ehemaligen Minderheit als Zielobjekte des Sicherheitsapparates keine eigenständige Kategorie bildeten. Je nach Situation fielen sie in einen der wesentlichen Aufgabenbereiche: entweder unter die feindliche Emigration, fremde Geheimdienste oder in die Rubrik ‚revanchistische Mächte‘. Manchmal befanden sie sich im Schnittpunkt: Im Oktober 1965 meldete die Belgrader Tageszeitung *Politika*, dass als Touristen getarnte Donauschwaben unter Einbeziehung von Exilkroaten, Exilserben und ‚Gastarbeitern‘ nachrichtendienstlich gegen Jugoslawien vorgehen würden.²² Anfang 1979 erließ das Präsidium des Bundes der Kommunisten in Novi Sad (Neusatz) ein Verbot für organisierte Gruppenreisen ehemaliger Angehöriger der deutschen Minderheit. Ein Verschlusspapier aus dem Innenressort der SAP Vojvodina von Oktober 1983 konstatierte, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) die Donauschwaben instrumentalisieren, um die militärisch nutzbare Infrastruktur sowie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes auszukundschaften.²³

Durch diese Kontextualisierung entsprachen die Tätigkeiten donauschwäbischer Verbände der jugoslawischen Verteidigungsdoktrin, die seit den 1960er Jahren bereits in globale Sphären aufgestiegen war. Während die SFRJ eine zentrale Rolle in der Bewegung der blockfreien Staaten spielte, übten führende kapitalistische Mächte eine neokoloniale Politik auf Staaten der Dritten Welt aus. Zum außenpolitischen Druck gehörten Militärinterventionen und Geheimdienstoperationen in den ehemaligen Kolonien, die dort zur Ausbreitung prowestlicher Regime führen sollten.²⁴ Jugoslawiens politische Führung übertrug diese Vorfälle in einer Art Überidentifikation mit der Dritten Welt auf ihr eigenes Land. Stark beeinflusst war sie vom Schema des „Spezialkriegs“ (*specijalni rat*), wonach ausländische Mächte versuchten, über ihre Geheimdienste eine ‚Fünfte Kolonne‘ in der SFRJ aufzubauen.²⁵ Als Bindeglied zu den oppositionellen Kräften im Inland diente demnach die antikommunistische Emigration. Ihre Sprengkraft entwickelten diese Faktoren dem jugoslawischen Verständnis

21 Vgl. Arhiv Republike Slovenije, Ljubljana (ARS) [Archiv der Republik Slowenien, Ljubljana]. 1931/3093: Savezni sekretariat za unutrašnje poslove (SSUP) [Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten]. 04.03.1983: Antijugoslawische Propaganda im Zeitraum 1981–1982, S. 86.

22 Vgl. PA AA. B42. Bd. 1000 A: Schutzvertretung für deutsche Interessen (Lock). 11.11.1965: Jugoslawische Presse über Tätigkeit der Donauschwaben in der BRD.

23 Vgl. HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: Organisation der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 12f.

24 Vgl. Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*. Cambridge u. a. 2007.

25 Vgl. hierzu ausführlich mein Gutachten für das Oberlandesgericht München vom 08.12.2015 (zit. in Nobile, Anto: *Obrana hrvatskog kontraobavještajaca Josipa Perkovića na njemačkom sudu* [Verteidigung des kroatischen Gegenspions Josip Perković vor dem deutschen Gericht]. Zagreb 2018, S. 239). Vgl. auch Bašić, Natalija: Jeder Tag war „Allgemeine Volksverteidigung“ (ONO). Zur militaristischen Kultur und Gewalterziehung im sozialistischen Jugoslawien (SFRJ) 1945–1990. In: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas* 4 (2002), S. 69–90, hier S. 87, Anm. 61.

zufolge erst in ihrer Kombination. In diesem Sinn beobachteten die Sicherheitsbehörden in den frühen 1980er Jahren mit Sorge eine Häufung der keineswegs neuartigen „Kontakte von Sicherheitsinteresse“ zwischen ,Volksdeutschen‘ und Anhängern der „Ustascha-Emigration“.²⁶

,Volksdeutsche‘ in exilkroatischen Organisationen

Kroatische Emigranten und Donauschwaben gingen nicht nur strategische Bündnisse ein, wie etwa beim beiderseitigen „Rückkehrabkommen“ vom August 1952,²⁷ sondern es kam auch häufig zu personellen Überschneidungen. So waren 1954 ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Kroatischen Kultur- und Hilfsvereins *Radić*, einer Organisation der Kroatischen Bauernpartei in Bayern, ,volksdeutscher‘ Herkunft.²⁸ Ein solches Engagement in der kroatischen Politik war allerdings nicht neu. Bereits seit ihrer Gründung im frühen 20. Jahrhundert hatte die Kroatische Bauernpartei starken Zulauf von den autochthonen Deutschen bekommen. In Slawonien waren die Akkulturationsprozesse in den 1920er und 1930er Jahren schon so weit fortgeschritten, dass die Deutschtumsbewegung große Mühe hatte, die ethnisch von ihr entfremdeten ,Schwaben‘ für sich zu gewinnen. Voneinander abweichende kulturelle und politische Orientierungen waren bei den hybriden Identitäten durchaus miteinander vereinbar.²⁹ Besonders die neo-Ustascha-Organisation Vereinte Kroaten bediente sich in den 1950er Jahren slawoniendeutschen Personals. Ihr Münchener Stützpunkt wurde von Stjepan Kukolja geführt, der Ivo Kiefer, einen deutschstämmigen ehemaligen Wehrmachtssoldaten aus Slawonien, als Leiter der Kroatischen Katholischen Gemeinschaft einsetzte. Obwohl diese Vereinigung einen überparteilichen Charakter haben sollte, wurde sie bald in den Grabenkämpfen der Emigration aufgegeben.³⁰

Ernest Bauer (1910–1995) war in einer gemischten Ehe zwischen einer kroatischen Mutter und einem deutschsprachigen Vater in Zagreb aufgewachsen, wo er vor 1941 eine deutsche Nachrichtenagentur geleitet und anschließend für den auswärti-

26 HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 12.

27 Vgl. Geiger, Vladimir: Pravo na zavičaj [Das Recht auf Heimat]. In: Fleck, Hans-Georg; Graovac, Igor (Hg.): Dijalog povjesničara – istoričara [Historikerdialog]. Bd. 6. Zagreb 2002, S. 351–363.

28 Vgl. PA AA. B11. Bd. 563: AA (v. Maydell). 05.05.1954: Kroatische Emigration im Bundesgebiet, S. 2.

29 Vgl. Geiger, Vladimir: Nijemci u Hrvatskoj [Deutsche in Kroatien]. In: Migracijske teme 7/3–4 (1991), S. 319–334; Leček, Suzana: Hrvatska seljačka stranka i Nijemci u Hrvatskoj (1918.–1941.) [Die Kroatische Bauernpartei und die Deutschen in Kroatien (1918–1941)]. In: Omerović, Enes: „Nijemci“ u Bosni i Hercegovini i Hrvatskoj. Nova istraživanja i perspektive [„Deutsche“ in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Neue Forschungen und Perspektiven]. Sarajevo-Zagreb-Tübingen 2015, S. 241–267.

30 Vgl. PA AA. B11. Bd. 563: Büro für heimatvertriebene Ausländer (v. Mende) an AA. 03.02.1954: Kroatischer Zentrallausschuss (HSO), München.

gen Pressedienst des kroatischen Kollaborationsregimes gearbeitet hatte.³¹ Nach dem Krieg blieb er zunächst in Graz, wo er in Politologie promovierte. Bauer schloss sich in den frühen 1950er Jahren dem Kroatischen Volkskomitee (*Hrvatski narodni odbor* – HNO) in München an, auf das er einen diskreten, aber umso bedeutenderen Einfluss ausübte. Auf ihn ging der Inhalt eines Flugblattes gegen eine geplante Rede des jugoslawischen Parlamentspräsidenten Moše Pijade im Bayerischen Rundfunk zurück.³² Die Flugschrift bezeichnete Pijade unter anderem als „Mörder von 200.000 deutschen Männern, Frauen und Kindern, welche nach dem Kriege in Südslavien vernichtet wurden“.³³ Daraufhin sorgte der bayerische Kultusminister dafür, dass Pijades Rede zehn Minuten vor dem vereinbarten Sendebeginn abgesagt wurde. Während die Emigrantenszene triumphierte, musste sich der westdeutsche Botschafter in Belgrad, der den Sendetermin vermittelt hatte, monatelang um Wiederherstellung guter Beziehungen bemühen. Unter dem dünnen Deckmantel der diplomatischen Rücksichtnahme stachen die unbewältigten Ereignisse und Folgen des Krieges hervor.³⁴

Zehn Jahre nachdem sich die militärischen Verbände des Ustascha-Staates im Mai 1945 bei Bleiburg in Kärnten der britischen Armee ergeben hatten, fand in Westberlin zu diesem Anlass eine Trauerveranstaltung des HNO statt. Nach der Kapitulation hatten Partisanen Massenerschießungen an Kriegsgefangenen verübt. Allerdings gedachte das HNO 1955 nicht nur der getöteten Kroaten, sondern lud ausdrücklich auch „zu Ehren der Opfer [...] der Massenvernichtung von Volksdeutschen [sic] im ehemaligen Jugoslawien“ ein.³⁵ Wiederholt kam es zur Verschränkung der Opferdiskurse.³⁶ Dabei überhöhten die Exilkroaten die tatsächlichen Todeszahlen um ein Vielfaches, indem sie Tito des Mordes an einer halben Million Kroaten und 350.000 ‚Volksdeutschen‘ bezichtigten.³⁷ Einer seriösen Berechnung zufolge waren durch Krieg und Unterdrückungsmaßnahmen rund 69.000 Zivilopfer unter den Jugoslawiendeutschen zu beklagen.³⁸

31 Vgl. Bauer, Ernest: *Život je kratak san. Uspomene 1910–1985* [Das Leben ist ein kurzer Traum. Erinnerungen 1910–1985]. Barcelona 1986.

32 Vgl. PA AA. B11/566: Studiengruppe Südost. 18.12.1954: Spannungsreiche kroatische Emigration.

33 Ebd.: [HNO] (Šamija). 21.04.1954: Flugblatt „Moscha Piade im Bayerischen Rundfunk“.

34 Als sich etwa ein jugoslawischer Spitzendiplomat beim Botschafter über die positive Resonanz des HNO in der bundesdeutschen Politprominenz beschwerte, erwiderte dieser, „dass zwischen Deutschland und Jugoslawien in der Vergangenheit nicht nur von einer Seite Unrecht geschehen sei, sondern dass uns umfangreiches Material über die an deutschen Menschen begangenen grausamen Massenrepressalien zur Verfügung stände“, was den Jugoslawen schließlich zum Rückzieher veranlasste. PA AA. B11. Bd. 565: Dt. Botschaft (Kroll) an AA. 22.05.1954.

35 PA AA. B11. Bd. 1227: Dienststelle Berlin an AA. 17.05.1955: Das ‚Kroatische Nationalkomitee‘ in Berlin.

36 Vgl. Molnar, Christopher: *Memory, Politics, and Yugoslav Migrations to Postwar Germany*. Bloomington 2018, S. 25–55.

37 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: HNO [Mai 1955]: Memorandum, S. 10.

38 Vgl. Wehler, Nationalitätenpolitik (wie Anm. 17), S. 99. Trotzdem haben die um ein Vielfaches übertriebenen Opferzahlen auch Eingang in die etablierte Historiographie gefunden. So seien laut Konrad Gündisch allein in den jugoslawischen Lagern „200.000 Donauschwaben systematisch aus-

Einen maßgeblichen Einfluss auf den offerfixierten Kurs des HNO übte Ernest Bauer aus.³⁹ Mit der binationalistischen Erinnerungsagenda gelang es dem HNO, neben der Teilnahme von landsmannschaftlichen Vertretern auch das Interesse von offiziellen Repräsentanten aus dem politischen Leben der BRD zu gewinnen. Den Profit daraus strich der HNO in Form finanzieller Zuwendungen – im Rechnungsjahr 1964 immerhin 12.000 DM – vom Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) ein.⁴⁰ Selbst nachdem das AA mit dem Verweis auf den eindeutig politischen Charakter des HNO-Organs *Hrvatska Država (Der Kroatische Staat)* sogar auf Staatssekretärebene gegen dessen Finanzierung aus Steuergeldern vorgegangen war, sah das Vertriebenenministerium keinen Anlass zur Einstellung der Zuwendungen.⁴¹

Mitte der 1950er Jahre stieg Bauer als Sekretär des HNO zu einer eher unauffälligen Schlüsselfigur der Organisation auf. Da er nach außen weniger exponiert war als etwa der exzentrische Präsident Branimir Jelić, erreichte er eine größere Akzeptanz bei Kooperationen mit anderen Emigrantenorganisationen.⁴² Jedoch konnte er trotz seiner Schlichtungsversuche zwischen den führenden Persönlichkeiten die Krise des HNO in den späten 1950er Jahren nicht abwenden.⁴³ Fortan wandte sich Bauer einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu. Von der SDB wurde ihm angelastet, als Verbindungsmann des BND zur kroatischen Emigration zu fungieren.⁴⁴ Zwar ist es nicht eindeutig, ob er hauptamtlicher Mitarbeiter der bundesdeutschen Auslandsaufklärung war; dass er jedoch tatsächlich vom BND engagiert wurde, ist auch von deutscher Seite aktenkundig.⁴⁵ Im Ruhestand kehrte er Mitte der 1970er Jahre aktiv in die Emigrantenszene zurück, indem er sich dem exilkroatischen Dachverband Kroatischer

gehungert und zu Tode gefoltert“ worden. Gündisch, Konrad: Deutsche Migrationsbewegungen in Südosteuropa. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld 2006, S. 74–81, hier S. 78.

39 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: Nachrichtenmeldung. 25.05.1955: Kroaten gedenken der jugoslawien-deutschen Opfer.

40 Vgl. PA AA. B42. Bd. 1000 A: AA (Luedde-Neurath). 10.01.1966: Unterstützung des Kroatischen Nationalkomitees.

41 Vgl. ebd.: AA (Carstens) an BMVt (Nahm). 20.01.1966; BMVt (Nahm) an AA (Carstens). 14.03.1966: Kroatisches Nationalkomitee.

42 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: Studiengruppe Südost (Valjavec). 12.02.1955: Die „Union Europäischer Föderalisten“ enttäuscht die Kroaten, S. 4.

43 Vgl. PA AA. B11. Bd. 565: Studiengruppe Südost. 19.06.1954: Aus der kroatischen Emigration, S. 4; vgl. Jandrić, Berislav: *Hrvatska politička emigracija u Njemačkoj 1946–1956 godine*. [Die kroatische politische Emigration in Deutschland 1946–1956]. In: Graovac, Igor (Hg.): *Dijalog povjesničara – istoričara [Historikerdialog]*. Bd. 10/2. Zagreb 2008, S. 63–79.

44 Vgl. ARS. 1931/2933, Bl. 12f.: [SDB]. [1966]: Neuere Angaben zu Dr. Ernest Bauer.

45 Vgl. PA AA. ZA/112617: Landgericht Köln. 17.04.1974: Strafverfahren gegen den Studenten Nado Gladic und Andere wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens u. a., S. 26. Allerdings zeugt schon das öffentliche Bekanntwerden dieses Details im Verlauf eines Gerichtsverfahrens von einer gewissen Unprofessionalität.

Nationalrat (*Hrvatsko narodno vijeće* – HNV) anschloss. Hier bekleidete er einen Sitz im ‚Parlament‘.⁴⁶

Nach Angaben der SDB soll Bauer auch über enge Kontakte zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) verfügt haben.⁴⁷ Dort war er jedenfalls als Multiplikator der gemäßigten Richtung unter den Exilkroaten bekannt. Vom HNV spaltete sich im Juni 1980 die Kroatische Staatsverwirklichungsbewegung ab. In ihr sammelten sich Aktivist*innen, die dem Vorbild militanter Nationalbefreiungsbewegungen nacheiferten.⁴⁸ Bauer und die übrige etablierte Führung war den Verbalattacken dieser ‚jungen Wilden‘ ausgesetzt.⁴⁹ Dass von den vierzig Ortsausschüssen des HNV laut BfV „nur etwa 3 eine kämpferisch-aggressive Haltung“ einnahmen, war womöglich auch ein Verdienst von Bauer gewesen.⁵⁰ Jedenfalls wirkte er im HNV in Richtung einer Isolierung der terroristischen Kräfte.⁵¹

Deutschkroatisches Doppelspiel

Seit den späten 1950er Jahren erhielten die Exilkroatenkreise großen Zulauf von jüngeren Flüchtlingen aus Jugoslawien. Westdeutschland war wegen der Chance auf politisches Asyl und des hohen Arbeitskräftebedarfs seinerzeit eine stark frequentierte Destination.⁵² Seit den frühen 1960er Jahren begingen fanatische Exilkroaten zahlreiche, in einigen Fällen auch tödliche Gewaltakte gegen jugoslawische Ziele.⁵³ Die jugoslawische Seite ergriff ‚verschärfte Maßnahmen‘ gegen als besonders ge-

46 Vgl. o. A.: Ernest Bauer. In: Šakić, Vlado; Dobrovšak, Ljiljana (Hg.): *Leksikon hrvatskoga iseljništva i manjina* [Lexikon der kroatischen Emigration und Minderheiten]. Zagreb 2020, S. 75 f.

47 Vgl. ARS. 1931/2963, Bl. 735–762: SDB SSUP (1. Abt.). 08.01.1981: Einige bisherige Kenntnisse über die Aktivitäten von Hans Peter Rullmann und ein Vorschlag zu weiteren Maßnahmen des Dienstes gegen ihn, S. 26.

48 Vgl. Bundesarchiv (BArch) Koblenz. B 206/1105, Bl. 182–212: BND. Aug. 1981: Der ‚Kroatische Frühling‘ und seine Reflexionen in der Emigration, S. 9 f.; vgl. Perušina, Valentina: *Hrvatska politička emigracija – sigurnosna prijetnja socijalističkoj Jugoslaviji* [Die kroatische politische Emigration – Bedrohung der Sicherheit des sozialistischen Jugoslawiens]. In: *Polemos* 22/1–2 (2019), S. 13–37, hier S. 21 f.

49 Vgl. BArch Koblenz. B 206/1105, Bl. 57–71: BND. 29.07.1980: Der Kroatische Nationalrat im Exil (KNR), S. 9; ebd., Bl. 182–212: BND. Aug. 1981: Der ‚Kroatische Frühling‘ und seine Reflexionen in der Emigration, S. 6–8.

50 Vgl. BArch Koblenz. B 141/83651, Bl. 154–263: BMI (Köhler/Willenberg). 08.12.1978, Anlage: Exiljugoslawische Extremisten. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe.

51 Vgl. ARS. 1931/2933, Bl. 27: HNV (Bauer) an Hauptsekretär (Lun). 22.09.1979.

52 Vgl. Ivanović, Vladimir: *Ekstremna emigracija u SR Nemačkoj i Jugoslavija* [Die extreme Emigration in der BR Deutschland und Jugoslawien]. In: *Istorija* 20. veka 27/1 (2009), S. 139–147, hier S. 142 f.

53 Vgl. Dragišić, Petar: *Ko je pucao u Jugoslaviju? Jugoslovenska politička emigracija na Zapadu 1968–1980* [Wer hat auf Jugoslawien geschossen? Die jugoslawische politische Emigration im Westen 1968–1980]. Belgrad 2019.

fährlich eingestufte Emigranten.⁵⁴ Über die Beobachtung der Feindaktivitäten hinaus hatten die jugoslawischen Staatssicherheitsdienste explizit einen Interventionsauftrag, den sie außerhalb ihres rechtlichen Einwirkungsbereichs in Form von „Spezialaktionen“ ausführten. Darunter fielen nicht nur Zersetzungsmaßnahmen, sondern als Ultima Ratio auch gezielte Tötungen im Ausland. Ihrem Selbstverständnis nach handelte es sich dabei um präventive Terrorismusbekämpfung.⁵⁵ Im Mai 1984 resümierte das Bonner Innenministerium (BMI), dass „im Zeitraum von 1962 bis August 1983 dreißig Morde und fünfzehn Mordversuche auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder mit Bezug zum Bundesgebiet begangen worden sind, bei denen eine Mitwirkung des jugoslawischen Geheimdienstes zu vermuten ist“.⁵⁶ Solange es lediglich um die reine Ausspähung der extremistischen Emigration ging, sah die Generalbundesanwaltschaft zunächst keinen strafrechtlichen Handlungsbedarf. Dahinter mag zuweilen das Kalkül gestanden haben, dass die Emigranten quasi als Ablenkungsmanöver erhebliche Kräfte der jugoslawischen Staatssicherheit auf sich lenkten, die dann nicht gegen die westlichen Geheimdienste eingesetzt werden konnten.⁵⁷

Jugoslawische Sicherheitsbehörden begründeten ihre Vorbehalte gegen die ehemaligen Landsleute deutscher Herkunft auch mit deren Präsenz im Sicherheits- und Geheimdienstapparat der BRD.⁵⁸ In diese Kategorie fiel ein 1942 in Osijek (Esseg) geborener Slawoniendeutscher mit dem Decknamen „Hamilton“, dessen Großvater ein Anhänger der Ustascha gewesen war. Nach wiederholten Fluchtversuchen gelangte „Hamilton“ 1965 schließlich in die BRD, wo er wegen seiner deutschen Abstammung die Staatsangehörigkeit erhielt. In den späten 1960er Jahren, als er sich dem HNO anschloss, engagierte ihn der ‚Verfassungsschutz‘ Rheinland-Pfalz als V-Mann. Nachdem „Hamilton“ 1973 wegen Goldschmuggels in Jugoslawien festgenommen worden war, erklärte er sich bei Verkürzung seiner Haftzeit bereit, für die kroatische Staatssicherheit zu arbeiten.⁵⁹

Zurück in der BRD gab der Doppelinformant dem Landeskriminalamt im Februar 1976 Auskunft über seinen Kontaktmann, den stellvertretenden Leiter des jugoslawi-

54 Vgl. BArch Koblenz. B 141/83651, Bl. 154–263: BMI (Köhler/Willenberg). 08.12.1978: Exiljugoslawische Extremisten. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe, S. 6. Vgl. Cvetković, Srdan: *Terorizam i jugoslovenska politička emigracija* [Terrorismus und die jugoslawische politische Emigration]. In: *Istorija 20. veka* 32/2 (2014), S. 171–197, hier S. 191–196.

55 Vgl. das Gutachten des Verf. für das Oberlandesgericht München vom 08.12.2015, in: Nobile, Obirana hrvatskog kontraobavještajaca Josipa Perkovića (wie Anm. 25), S. 266.

56 Ministerialdirigent Redies. 23.01.1985. In: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* 1985. Bd. 1. Berlin-Boston 2016, S. 111–115, hier S. 112.

57 Vgl. PA AA. B 42. Bd. 99: Sicherungsgruppe des BKA (Brückner). 18.07.1963: Kriminalpolizeiliche Erkenntnisse über das Verhalten jugoslawischer Emigranten und Gastarbeiter in der BRD, S. 54; vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: *Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion*. Frankfurt/M.-Berlin ²1989, S. 191f.

58 Vgl. HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: *Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit*, S. 13.

59 Vgl. PA AA. ZA/116711: LKA Rheinland-Pfalz. 26.11.1975: *Zeugenvernehmung*.

schen Konsulats in Mannheim. Seine Aussage diene Generalbundesanwalt Siegfried Buback dazu, beim Auswärtigen Amt in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden.⁶⁰ Bevor der sensible Sachverhalt jedoch weitere Kreise ziehen würde, entschied sich das AA dafür, seine direkten Kanäle zu nutzen: Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski pflegte bereits seit längerem freundschaftliche Kontakte zu Stane Dolanc, dem Sekretär des Exekutivbüros des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.⁶¹ Bei einer Besprechung im Mai 1976 sollte Wischniewski das Problem zur Sprache bringen.⁶² Da Dolanc bei einer anschließenden Konsultation des jugoslawischen Staatspräsidiums im Juni 1976 den Innensekretär Franjo Herljević, der als Hardliner bekannt war, wegen der drastischen Auslandsaktivitäten der Staatssicherheit kritisierte, kann davon ausgegangen werden, dass Wischniewski in diesem Punkt erfolgreich gewesen war.⁶³

Eine weitere Episode lieferte der inzwischen zum BfV gewechselte „Hamilton“ mit einer Falle, die er zwei Angehörigen der kroatischen Staatssicherheit stellte, als sie ihn für die Erschießung von zwei Exilkroaten in Westdeutschland rekrutieren wollten. Bei einem Vorbereitungstreffen in Ludwigshafen wurde einer der beiden Jugoslawen am 22. November 1977 bei einer verdeckten Observation von der Polizei verhaftet.⁶⁴ Der vereitelte Rekrutierungsversuch, den das BfV als stichhaltiges Indiz einer Verwicklung jugoslawischer Staatsstellen in gezielte Tötungen wertete, brachte nicht nur den offiziellen Vertreter des Innensekretariats in Belgrad – bei dem es sich hinter den bilateralen Kulissen in Wirklichkeit um einen hochrangigen SDB-Mann handelte – gegenüber seinen Gesprächspartnern vom Bundeskriminalamt (BKA) in Erklärungsnot.⁶⁵ Der hauptamtliche Geheimdienstler aus Kroatien, der der Polizei ins Netz gegangen war, wurde zwar wegen außenpolitischer Komplikationen zurück in die SFRJ abgeschoben. Gleichwohl wirkte das Ereignis nach, denn allmählich nahmen die bundesdeutschen Innenbehörden im Spannungsfeld der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischen Staatssicherheitsdiensten und Emigranten eine Neuausrichtung vor. Hatte sich das Bundesinnenministerium Anfang der 1970er Jahre

⁶⁰ Vgl. ebd.: GBA (Buback) an BJM. 24.02.1976: Ermittlungsverfahren gegen Josef Müller wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit.

⁶¹ Vgl. z. B. SPD-Pressemitteilung Nr. 79. 19.02.1974 (als Digitalisat verfügbar über: Friedrich-Ebert-Stiftung: Retrodigitalisierung des Sozialdemokratischen Presseservices. URL: <http://library.fes.de/cgi-bin/pdpdf.pl?d=18&f=223> [17.02.2022]).

⁶² Vgl. PA AA. ZA/116711: AA (Ref. 511) an Ref. 214 (Finke-Osiander). 15.03.1976: Tätigkeit jugoslawischer Konsuln in der BRD; PA AA ZA/116705: AA (Ref. 131, Busse). 13.05.1976: Gespräch mit Stane Dolanc am 14.05.1976. Aktivitäten jugoslawischer Exilorganisationen in der BRD.

⁶³ Vgl. Memorandum der Central Intelligence Agency. 10.12.1976. In: Foreign Relations of the United States. 1969–1976. Bd. E-15/1: Documents on Eastern Europe. 1973–1976. URL: <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve15p1/d83> (04.03.2022).

⁶⁴ Vgl. PA AA. B130. Bd. 12418 A: AA (Ref. 214). 23.11.1977: Verdacht der Aktivität des jugoslawischen Geheimdienstes in der BRD.

⁶⁵ Vgl. ARS. 1931/2410, Bl. 1867–1875: Staatssicherheitsdienst der Sozialistischen Republik Slowenien. 27.01.1978: Über „Sänger“ – Tätigkeit der feindlichen kroatischen Emigration in der BRD, S. 5; PA AA. B130. Bd. 10793 A: AA an dt. Botschaft Belgrad. 15.12.1977: Verhaftung des jugoslawischen Staatsangehörigen Ilija Svilar.

noch eindeutig hinter den jugoslawischen Staat gestellt, so gerieten nun die Geheimdienstaktivitäten zunehmend in den Fokus.⁶⁶

Schlussbetrachtung

Zunächst muss festgehalten werden, dass die ,Volksdeutschen‘ in der Wahrnehmung jugoslawischer Staatssicherheitsdienste eine eher untergeordnete Rolle spielten. Eine Rückkehr in die von ihnen verlassenen Gebiete lag nicht nur räumlich in weiter Ferne. Wegen Titos Westorientierung konnte die Landsmannschaft der Jugoslawiendeutschen weitaus weniger von der Situation des Kalten Krieges profitieren als etwa die sudetendeutschen oder schlesischen Vertriebenenverbände. Es ist allerdings von Vorteil, die ,Volksdeutschen‘ nicht isoliert zu betrachten. Angesichts der jugoslawischen Verteidigungsdoktrin, die vor allem in einer Gemengelage feindlicher Faktoren eine ernste Bedrohung sah, relativiert sich der anfangs erwähnte Befund, wenn wir die Kooperationen zwischen Donauschwaben und Exilkroaten berücksichtigen. Anders als bei den Sudetendeutschen oder den Flüchtlingen von jenseits der Oder und Neiße standen hier einem gemeinsamen Vorgehen unter dem Banner des Antikommunismus keine nationalistischen Animositäten entgegen. Die sonst so ambivalente Haltung zwischen Vertriebenenorganisationen und antikommunistischen Emigranten aus dem östlichen Europa war im deutsch-kroatischen Fall von Einvernehmlichkeit gekennzeichnet.

Aufgrund von hybriden Identitäten, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg in der kroatischen Politik aufgetreten waren, rückten ,Volksdeutsche‘ besonders als Angehörige exilkroatischer Organisationen ins Blickfeld jugoslawischer Staatssicherheitsdienste. Auf der operativen Ebene half diese ethnische Dualität den westdeutschen Innenbehörden dabei, die Anbahnung einer gewaltsamen Intervention der kroatischen Staatssicherheit aufzudecken. Im Unterschied zu anderen Doppelinformatanten aus Jugoslawien (z. B. „Mišo“ oder „Hanzi“), die sowohl dem BfV als auch jugoslawischen Staatssicherheitsdiensten berichteten, lag die Loyalität des Slawoniendeutschen „Hamilton“ bei den Behörden seines neuen Heimatlandes. Zwar hatten sich bereits zuvor vereinzelt Agenten jugoslawischer Staatssicherheitsdienste gegenüber westlichen Polizeistellen offenbart; „Hamilton“ ging jedoch einen Schritt weiter, indem er seine kroatischen Kontaktmänner in einen Hinterhalt lockte. In der Konfrontation mit dem jugoslawischen Staat waren ,Volksdeutsche‘ demnach nicht nur Be-

⁶⁶ Vgl. HDA. 1409/IV/108, 78: DSIP. 05.06.1970: Probleme im Zusammenhang mit der politischen Emigration und die Notwendigkeit ständiger und koordinierter Gegenmaßnahmen, S. 37; Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Zagreb. 16.08.1979. In: AADP 1979. München 2010, S. 1117–1134, hier S. 1132, Anm. 44; Dt. Bundestag 8/3615: Antwort der Bundesregierung auf Gr. Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. 24.01.1980: Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Berichterstattung der Bundesregierung über den Verfassungsschutz, S. 11, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/08/036/0803615.pdf> (17.02.2022).

obachtungsobjekte, sondern auch handlungsfähige Akteure, wobei die nationalen Ambiguitäten hier einmal mehr den Topos von den ‚Deutschen im östlichen Europa‘ in Frage stellen.